

12/1996

## Am 1. Juli höhere Renten in ganz Deutschland

Zum 1. Juli 1996 werden die Renten in ganz Deutschland entsprechend der jeweils maßgeblichen Lohnentwicklung angepaßt. Das Bundeskabinett hat am 17. April der von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Rentenanpassungsverordnung 1996 zugestimmt.

Danach steigen die Renten in den alten Bundesländern um 0,95 Prozent. Unter Berücksichtigung der vom 1. Juli 1996 an geltenden Beitragssätze zur Krankenversicherung der Rentner und zur sozialen Pflegeversicherung ergibt sich hieraus eine effektive Erhöhung der anpassungsfähigen Renten um 0,46 Prozent.

In den neuen Bundesländern werden die Renten um 1,21 Prozent steigen. Unter Berücksichtigung der vom 1. Juli 1996 an hier geltenden Beitragssätze zur Krankenversicherung und zur sozialen Pflegeversicherung ergibt sich eine effektive Erhöhung der anpassungsfähigen Renten um 0,56 Prozent.

### Erhöhung in den neuen Ländern um 4,38 Prozent bereits im Januar

Bei der sozialpolitischen Bewertung der Rentenanpassung in den neuen Ländern zum 1. Juli ist zu berücksichtigen, daß die dortigen Renten zum 1. Januar 1996 bereits um 4,38 Prozent erhöht worden sind.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Zusammenschluß

Generalsekretär Peter Hintze: Sozialdemokraten waren mitverantwortlich für den SED-Staat. Seite 2

#### ● Bauen

Neuer Fertigstellungsrekord im Wohnungsbau. Seite 4

#### ● Sozialdemokraten

In Opposition zur Opposition: Altgediente SPD-Parteistrategen demontieren Oskar Lafontaine. Seite 13

#### ● Europa

EVP: Die Erfolgsgeschichte einer europäischen Partei. Seite 32

#### ● Rheinland-Pfalz

Johannes Gerster: CDU wird Erneuerungsprozeß konsequent fortsetzen. Seite 37

#### ● Internet

ABC der Internet-Fachbegriffe. Seite 40

#### ● Mitgliederwerbung

Aktion „100.000 Gespräche“: Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit. Seite 43

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

## Sozialdemokraten waren mitverantwortlich für den SED-Staat

**In wenigen Wochen jährt sich zum fünfzigsten Mal der Tag, an dem sich in der Sowjetischen Besatzungszone SPD und KPD zur SED zusammenschlossen.**

Vor diesem Jahrestag ist eine heftige Diskussion ausgebrochen – in der SPD und in der PDS, aber auch darüber hinaus. Das ist kein Wunder, geht es doch um erheblich mehr als um eine akademische Debatte von Parteihistorikern. Auf dem Prüfstand steht das Verhältnis von SPD und PDS.

Teile der SPD wollen heute in der SED-Fortsetzungspartei PDS einen „normalen“ politischen Partner im „linken Lager“ sehen. Das ist Realität – und Realität ist auch, daß sich Teile der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone vor fünfzig Jahren keineswegs von den Kommunisten abgegrenzt haben. Sie sind im Gegenteil mit offenen Armen auf die KPD zugegangen.

Diese Mitverantwortung führender Sozialdemokraten für den freiheitsfeindlichen sogenannten „Arbeiter- und Bauern-Staat“ auf deutschem Boden möchte die SPD heute allzu gerne vergessen machen. Zwar ist richtig, daß die Kommunisten Hand in Hand mit der sowjetischen Militäradministration Druckmittel aller Art eingesetzt haben. Zweifellos gab es auch eine große Anzahl von Sozialdemokraten, die sich nicht vor den Karren kommunistischer Kader spannen lassen wollten. Viele leisteten Widerstand und bezahlten dafür mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, ihrem Le-

ben. Sie verdienen Bewunderung und Respekt. Aber das ist eben nur die halbe Wahrheit.

Lange bevor die Kommunisten begannen, den Gedanken der Einheitsparteiherrschaft zu propagieren und Druck auszuüben, hatten ihnen die Sozialdemokraten die Losung der sozialistischen Einheitspartei frei Haus geliefert. Schon der Grün-

**Aus der  
„Frankfurter  
Allgemeinen Zeitung  
vom 11. April 1996**

dungsauftrag der ostdeutschen Sozialdemokraten vom 15. Juni 1945 verherrlichte die „organisatorische Einheit der Arbeiterklasse“ als „moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit“. Noch im Dezember 1945, als die Klagen über die demokratiefeindlichen Praktiken der Kommunisten gegenüber anderen Parteien längst Legion waren, beschworen führende Sozialdemokraten die „Verschmelzung der Arbeiterparteien“ und betonten unentwegt, daß sie als erste die Idee zur Vereinigung mit der KPD gehabt hätten. Dabei tut es auch nichts zur Sache, daß die SPD von der KPD die Einhaltung demokratischer Spielregeln verlangte.

Es reicht nicht, hierbei von „Illusionen“ der ostdeutschen SPD-Parteiführer und von ihren enttäuschten „Hoffnungen“ auf das Demokratieversprechen der KPD zu reden, wie die parteioffizielle Geschichtsschreibung der SPD entschuldigend vorbringt. Wer 1945 – trotz der Erfahrungen der kommunistischen Agitation gegen die Weimarer Republik und trotz der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion – auf eine Vereinigung mit den deutschen Ablegern der Sowjet-Herrschaft setzte, der kann ganz gewiß nicht die Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen, er habe nicht gewußt, mit wem er es zu tun hatte.

Kurt Schumacher jedenfalls hat es gewußt. Er lehnte jegliches Zusammengehen mit der KPD vehement ab und bezeichnete die Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“. Schumacher empfahl seinen Parteifreunden im Osten die Selbstauflösung der SPD – als letztes Rettungsmittel vor dem Zugriff der Kommunisten und als ehrenhaftes Zeichen der Verweigerung. Aber die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone hat ein solches Zeichen ihrer Integrität nicht gegeben.

Sie hat im Gegenteil sogar selbst Zwang zur Vereinigung ausgeübt: Das Führungsgremium der ostdeutschen Sozialdemokraten, der Berliner Zentralausschuß, gab Anfang 1946 die Weisung an die Untergliederungen der Partei, „an die zweifelhaften

Funktionäre die Frage zu richten, ob sie für die sofortige Vereinigung sind. Wird diese Frage nicht mit einem klaren ‚Ja‘ beantwortet, so bitten wir unsere Mitglieder um sofortige Nachricht an den Bezirksvorstand, wer an die Stelle eines Spalters als Funktionär eingesetzt werden kann“. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat diese Weisung noch 1985 in einer Broschüre publiziert – und dabei betont, daß die leitenden Sozialdemokraten der Ostzone gemeinsam mit den sowjetischen Machthabern „jeden noch auftauchenden Widerstand . . . ersticken“ wollten.

## Den gleichen Fehler nicht zweimal machen

Es scheint, als sehe die SPD abermals – fünfzig Jahre nach der Gründung der SED – nicht viel Trennendes zwischen sich und der SED-Fortsetzungspartei PDS, wenn sich vier der fünf ostdeutschen SPD-Landesverbände in ihren Broschüren zum Zusammenschluß von SPD und KPD ausdrücklich an „Sozialdemokraten in der PDS“ richten.

Wenn es aus der Erinnerung an den Zusammenschluß von SPD und KPD etwas zu lernen gibt, dann doch vor allem dieses: den gleichen Fehler nicht zweimal zu machen. Das Aufeinanderzugehen von SPD und PDS in den neuen Ländern ignoriert böse historische Erfahrungen.

## Einstimmiger Beschluß

*Nach dem offiziellen Protokoll des 40. Parteitags der SPD am 19. und 20. April 1946, das erst vor kurzem aus einem Moskauer Archiv aufgetaucht ist und selbst im Ostbüro der SPD bis zu diesem Zeitpunkt als „verschwunden“ galt, haben die Delegierten der SPD in der sowjetisch*

*besetzten Zone beschlossen, sich auf einem gemeinsamen Parteitag mit der KPD am 21. und 22. April 1946 im Berliner Admiralspalast zur SED zu vereinigen. Laut Protokoll faßten die SPD-Delegierten den fraglichen Beschluß einstimmig und in „euphorischer Stimmung“. Zwei Tage später kam es zu der Vereinigung.*

# Neuer Fertigstellungsrekord im Wohnungsbau

In Deutschland ist im Jahr 1995 erneut ein Fertigstellungsrekord im Wohnungsbau erreicht worden. Wie Bundesbauminister Klaus Töpfer Ende März mitteilte, wurden allein in den neuen Ländern 104.225 Wohnungen gebaut, dies waren 53,9 Prozent mehr als im Jahr 1994. Insgesamt seien im vergangenen Jahr in Deutschland 603.035 Wohnungen festgestellt. Damit sei das gute Ergebnis des Vorjahres (572.883 Wohnungen) nochmals um 5,3 Prozent übertroffen worden.

Töpfer stellte klar, dieses gute Ergebnis leiste einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Allerdings sei in den alten Ländern das Ergebnis des Jahres 1994 (505.179 Wohnungen) mit rund 500.000 Wohnungen knapp unterschritten worden. Diese Fertigstellungszahlen hätten damit auch unter den bisherigen Erwartungen von rund 550.000 fertiggestellten Wohnungen gelegen. Töpfer betonte in diesem Zusammenhang, durch die Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung, die seit Jahresbeginn gelte, werde im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser die Baukonjunktur wieder stabilisiert.

Dennoch werde im Westen der Rückgang der Wohnungsbaukonjunktur bereits deutlich sichtbar. Diese Entwicklung bestätigte ihn in seiner Auffassung, die Wohnungsbaupolitik müsse antizyklisch handeln und so vorausschauend auf das Wohnungsangebot einwirken. Die Bundesregierung habe hier unter anderem mit der Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung, der Verbesserung der Bausparför-

Vorjahresergebnis nochmals übertroffen – Jetzt muß Einbruch der Baukonjunktur mit allen Mitteln verhindert werden

derung und der Kostensenkungsinitiative im Wohnungsbau bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit der geplanten Reform des sozialen Wohnungsbaus wolle er mit einer sozial treffsicheren und ausgewogenen Förderung bei vorhandenen Finanzmitteln mehr Baunachfrage auslösen.

Töpfer sagte weiter, auch im Interesse der mehr als 300.000 arbeitslosen Bauarbeitern müsse alles daran gesetzt werden, einen drohenden Einbruch der Baukonjunktur abzufangen.

**Förderinitiative:** Mit einer gemeinsamen Förderinitiative „Bauforschung und Bautechnik“ wollen Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers und Bundesbauminister Klaus Töpfer innovative Bautechniken unterstützen. Notwendig sei ein Innovationsschub in der deutschen Baubranche, um einen Durchbruch bei der Kostensenkung im Bauprozess zu erreichen, mittel- und langfristig zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, erklärten die Minister. Es stehen für die Förderinitiative stufenweise Mittel von insgesamt bis zu 32,5 Millionen Mark pro Jahr zur Verfügung.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

## Deutschland braucht die Ingenieure

**Deutschland braucht den hervorragend ausgebildeten und kreativen Ingenieur, der durch Innovationen für zukunftsfähige Arbeitsplätze sorgt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland hängt ganz wesentlich vom Ideenreichtum der deutschen Ingenieure ab. Mit Sorge beobachte ich, daß die Zahl der Studienanfänger im Ingenieurbereich von ca. 65.000 (1990) auf rund 46.500 (1994) gesunken ist.**

Ich erarbeite deshalb zur Zeit mit allen deutschen Ingenieurverbänden sowie Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Länder eine von allen getragene konkrete Vorstellung des "Ingenieurs des 21. Jahrhunderts". Das wird auch Auswirkungen auf die Ausbildung an den Hochschulen haben.

Zur Verbesserung der Patentausbildung junger Ingenieure habe ich jetzt im Rahmen des Modellvorhabens INPAT (Integration des Patentwesens in die ingenieurwissenschaftliche Hochschulausbildung) 3,6 Millionen DM für die nächsten drei Jahre bereitgestellt. Von 1.950 ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen in

Deutschland werden über 130 bereits im Sommersemester 1996 mit INPAT beginnen. Patente sind ein Indikator für Innovationspotential und haben eine Schlüssel-funktion für den Transfer von Ideen zu Produkten. Mit einer umfassenden Kenntnis der Patentsituation werden teure, existenzgefährdende Doppelentwicklungen vermieden. Deshalb ist dieser Bereich besonders wichtig.

Der Übergang von der Hochschule in den Beruf gestaltet sich bei Ingenieuren heute

schwierig, wie der jüngste HIS-"Absolventenreport Ingenieure" nachweist. Die Studie belegt: Die Absolventen sehen Defizite in der Entwicklung fachübergreifenden Denkens und in der Integration berufspraktischer Erfahrungen in das Studium. Hier müssen die Hochschulen reagieren.

Für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland müssen deshalb folgende Ansätze in der Hochschulausbildung berücksichtigt werden:

- Neue Technologien zeichnen sich ab oder stehen an der Schwelle der Einführung. Dabei wird es häufig nicht aus-

Die Zahl der Studienanfänger im Ingenieurbereich muß wieder steigen.

reichen, bestehende Studiengänge lediglich zu modifizieren. Wir werden neue Studiengänge für Gebiete wie Supraleitung, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik einrichten müssen.

- Zur fachlichen Ausbildung der Ingenieure gehören fachübergreifende Kenntnisse und Fähigkeiten wie Teamfähigkeit und die Befähigung, die Kreativität seiner Mitarbeiter wecken zu können.

- Die Globalisierung der Produktion und die Erschließung asiatischer Märkte verlangt ein zunehmendes Vertrautsein mit fremden Kulturen und Denkweisen. Studienaufenthalte an asiatischen Hochschulen sind eine Bereicherung der studentischen Ausbildung, Gastaufenthalte an europäischen Hochschulen müssen zu einer Selbstverständlichkeit werden. ■

# Am sinnvollsten wäre, die „Coffie-Shops“ insgesamt zu schließen

**Hubert Hüppe, drogenpolitischer Beirichterstatter der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Beschluß des niederländischen Parlaments zur Drogenpolitik:**

Da wir Deutsche gutnachbarliche Beziehungen zu den Niederlanden pflegen, liegt uns eine belehrende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Niederlande fern. Trotzdem können wir nicht ignorieren, daß die Niederlande mittlerweile unser Einfallstor nicht nur für Cannabis, sondern auch für „harte“ Drogen geworden ist. Dies hat sich zu einem gravierenden Problem für Deutschland entwickelt. Dafür müssen auch unsere niederländischen Partner Verständnis haben.

Die Niederlande sind mittlerweile Westeuropas größter Exporteur von Drogen: In über 80 Prozent der Fälle stammen in Deutschland sichergestellte Suchtmittel aus Holland, bei Ecstasy sind es 98 Prozent. Immer wieder werden an der deutsch-niederländischen Grenze Dealer aufgegriffen, die sowohl „weiche“ als auch „harte“ Drogen mit sich führen. Dies ist ein Beleg dafür, daß eine erfolgreiche „Trennung der Märkte“ – ein zentraler Punkt in der Drogenpolitik der Niederlande – nicht gelungen ist. Dies zeigt aber auch, daß „harte“ Drogen in den Niederlanden billiger und leichter verfügbar sind als bei uns. Sonst nämlich würde niemand dort, sondern gleich in Deutschland einkaufen.

Es ist zu begrüßen, daß die Niederlande jetzt drogenpolitische Kurskorrekturen andenken. Die vorgenommene Änderung reduziert die in den „Coffieshops“ mit staatlicher Duldung erhältliche Haschmenge von 30 auf fünf Gramm. Der damit ver-

folgte Ansatz, die Verfügbarkeit einzuschränken, ist zwar im Grunde richtig. Doch ist die Einhaltung dieser Menge in der Praxis kaum kontrollierbar, wie auch Bürgermeister betroffener niederländischer Kommunen zu Recht einwenden. Außerdem wird ein Käufer die gewünschte Haschmenge unschwer durch mehrmaliges Aufsuchen verschiedener „Coffieshops“ bekommen. Deshalb ist die Wirkungslosigkeit dieser Mengenreduzierung absehbar.

Nicht entsprochen wurde dem dringenden deutschen Anliegen, den Export „weicher“ wie „harter“ Drogen effektiv zu unterbinden. Zwar verkennen wir nicht, daß die

**Aus deutscher Sicht ist es wünschenswert, den Verkauf auch „weicher“ Drogen an Nicht-Niederländer zu untersagen.**

Niederlande bereits große Anstrengungen unternommen haben, des illegalen Drogenhandels Herr zu werden, was nun nochmals bekräftigt wurde. Doch zeigen die oben genannten Zahlen nur zu deutlich, daß dies bislang noch nicht den gewünschten Erfolg hatte. Insofern ist der Beschluß des Parlaments in Den Haag unzureichend.

Im Rahmen einer europäischen Kooperation bei der Drogenpolitik wäre es am sinnvollsten gewesen, die „Coffieshops“ insgesamt zu schließen. Denn in ihrem Bericht vom September 1995 räumen Justiz-, Innen- und Gesundheitsministerium in

## Skandalurteil vom Tisch

**Zur Urteilspraxis des Landgerichts Lübeck bei unerlaubtem Handel mit Haschisch erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Das Skandalurteil des Lübecker Landgerichts, mit dem es die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur "geringen Menge" bei Betäubungsmittelstraftaten unterlaufen hatte, ist vom Tisch. Erneut mußte das Landgericht Lübeck von einer übergeordneten Instanz, dem Oberlandesgericht Schleswig, in die Schranken gewiesen werden. Eine Ausweitung der "geringen Menge" des Haschischwirkstoffs

(THC) von 7,5 Gramm auf 200 Gramm wird es deshalb nicht geben.

Auch die Lübecker Landrichter müssen endlich begreifen: die Justiz soll Recht sprechen und nicht Politik machen. Die Gerichte sind nicht dazu da, revolutionäre gesellschaftspolitische Vorstellungen einiger linker Politikerinnen und Politiker durch Gerichtsurteile propagandistisch aufzuwerten. Alle Bestrebungen in diese Richtung sind zum Scheitern verurteilt. Die Gefährlichkeit aller illegalen Drogen wird in der Rechtspolitik der Unionsparteien auch in Zukunft Berücksichtigung finden und im Betäubungsmittelstrafrecht angemessen geahndet werden.

Den Haag selber ein, daß zumindest in einigen „Coffieshops“, die sich fast jeglicher staatlicher Kontrolle entziehen, auch „harte“ Drogen verkauft werden. Die Schließung der „Coffieshops“ ist derzeit in Den Haag offenbar politisch nicht durchsetzbar. Dennoch wäre aus deutscher Sicht mindestens wünschenswert gewesen, den Verkauf auch „weicher“ Drogen an Nicht-Niederländer zu untersagen, vor allem aber ein Verbot des Verkaufs und Konsums in Jugendgästehäusern einzuführen.

Es bleibt festzuhalten: Die versprochene „Trennung der Märkte“ hat nicht stattgefunden, und die Niederlande sind weit davon entfernt, die Suchtproblematik – geschweige denn die wachsende Drogenkriminalität – in den Griff zu bekommen. Hier ist auch von den jetzt vorgesehenen Maßnahmen keine Verbesserung zu erwarten. Ein Vorbild für Deutschland kann die Drogenpolitik der Niederlande jedenfalls nicht sein. ■

## Kontrollierter Anbau von Nutzhanf wieder erlaubt

**Der kontrollierte Anbau von Nutzhanf ist in der Bundesrepublik wieder zugelassen. Nach der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes muß der Anbau der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung angezeigt werden, um eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten.**

Ein Verstoß gegen diese Anzeigepflicht ist eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Die Herstellung und der Besitz von Haschisch und Marihuana sowie die Handel mit diesen Drogen bleiben weiter verboten und strafbar.

Nach einer bereits am 4. April in Kraft getretenen Verordnung ist der Anbau nur landwirtschaftlichen Betrieben gestattet.

# Gleichberechtigung allein auf dem Papier hilft den Frauen nicht

Anläßlich der Vorstellung ihrer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienenen Dokumentation „Gesetze zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Bund und Ländern“, die jetzt in einer aktuellen Neuauflage vorliegt, erklärte die CDU-Abgeordnete Maria Böhmer zum gegenwärtigen Stand der Frauenpolitik in Deutschland und den Perspektiven für die Zukunft:

Heute existieren im Bund und in 14 Bundesländern Gleichberechtigungsgesetze. Durch eine Ergänzung des Grundgesetzes in Art. 3 Abs. 2 wurde der Staat verfassungsrechtlich verpflichtet, die Wirklichkeit im Sinne des Gleichberechtigungsgesetzes zu gestalten. Damit haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter seit der ersten Auflage meiner Dokumentation, die im November 1993 erschienen ist, spürbar verbessert. Damals gab es erst in fünf Bundesländern Gesetze zur Gleichberechtigung. Deutschland hat heute einen Stand der Gleichberechtigungsgesetzgebung erreicht, den es so nur in wenigen Ländern der Erde gibt.

Dennoch: Gleichberechtigung auf dem Papier alleine hilft den Frauen nicht. Die tatsächliche Gleichstellung ist noch nicht erreicht, und sie ist das Ziel, um das es letztlich geht.

Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit ist es besonders schwer, die mittels der Gesetze angestrebte Erhöhung des Anteils von Frauen im öffentlichen Dienst zu erreichen. Wenn niemand eingestellt wird, dann kann auch der Frauenanteil nicht erhöht werden. Besonders gravierend ist die Situation dann, wenn Unternehmen Stel-

len abbauen müssen und Frauen zu den ersten gehören, die gehen müssen.

Psychologisch verheerend hat insofern das sogenannte „Quoten-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes zur Vereinbarkeit des bremischen Gleichstellungsgesetzes mit der europäischen Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zum Beruf gewirkt. Es hat denjenigen Auftrieb gegeben, die schon immer gegen Frauenförderung waren. Tatsächlich

**Maria Böhmer: Wir müssen weg von der Sonderschiene „Frauenpolitik“ hin zu einem integrativen und partnerschaftlichen Ansatz.**

wurde aber nur die starre Bremer Quotenregelung verworfen, die Frauen automatisch den Vorrang vor Männern einräumt. Nichts anderes hat auch das Bundesarbeitsgericht in seinem aktuellen Urteil vom 5. März 1996 entschieden. Auch dieses Urteil bedeutet nicht das „Aus“ für andere Gleichberechtigungsgesetze. Es gibt keinen Anlaß, den mit der Grundgesetzänderung gefundenen breiten Konsens zur positiven Förderung von Frauen wieder zu verlassen. Damit hierüber zukünftig kein Zweifel mehr aufkommen kann, muß auch auf europäischer Ebene das Prinzip der Gleichberechtigung verankert werden. Dies muß klares Ziel der Vertragsverhandlungen sein, die jetzt begonnen haben (Maastricht II).

Richtunggebend für die künftige Gesetzgebung in Deutschland ist der im Gleich-

berechtigungs-gesetz des Bundes beschrittene Weg der verbindlichen Zielvorgabe. Indem jede Dienststelle verantwortlich an der Aufstellung von Frauenförderplänen beteiligt ist, wird das Eigeninteresse der Verwaltung gestärkt. Die Beteiligten werden motiviert, Frauenförderung als eigene dauernde Aufgabe zu begreifen und nicht als von oben oktroyierten Zwang.

Angesichts dieser Situation – gute rechtliche Ausgangslage einerseits, aber Defizite bei der tatsächlichen Gleichstellung andererseits – stellt sich grundsätzlich die Frage, wie es in Deutschland weitergehen soll. Wie muß die Frauenförderung der Zukunft aussehen?

## Zeit des Umbruchs

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. In der Arbeitswelt zeigt sich das überdeutlich. Starre Fronten brechen auf, ganz neue Arbeitsformen und Beschäftigungsfelder zeichnen sich am Horizont ab.

● Die Sorge um die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft erzwingt die Nutzung aller Ressourcen. Humankapital ist das Pfund, mit dem Deutschland wuchern kann, und dazu gehören natürlich auch die Frauen.

● Gewerkschaften nehmen Abschied von jahrelang verfolgten Zielen, sie verschließen sich nicht länger einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung.

● Dank neuer Techniken wird nicht nur die Zeit zu einer neu zu bestimmenden Va-

riablen im Arbeitsprozeß, sondern auch der Ort. Telearbeit eröffnet diesbezüglich völlig neue Perspektiven.

● Die Tertiärisierung in der Wirtschaft kommt Frauen entgegen, denn im Dienstleistungssektor waren sie mit ihrer Arbeitskraft schon immer stark vertreten. Dazu kommt, daß Deutschland im Vergleich mit anderen Industrienationen eine „Dienstleistungslücke“ hat, d.h. dieser Sektor wird voraussichtlich noch weiter wachsen.

## Neue Strukturen

Wir müssen jetzt die Weichen für diese Entwicklungen stellen, neue Strukturen bilden sich heraus. Diesen Umgestaltungsprozeß müssen wir gemeinsam nutzen – d. h. Männer und Frauen zusammen – um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden. Das „Bündnis für Arbeit“ muß daher auch ein „Bündnis für Arbeit von Männern und Frauen“ sein. Wir müssen weg von der Sonderschiene „Frauenpolitik“ hin zu einem integrativen und partnerschaftlichen Ansatz. Hier liegt die Chance, künftig etwas zugunsten von Frauen zu ändern.

Die Dokumentation in der Reihe „Interne Studien“ kann gegen eine Schutzgebühr von DM 5,00 bezogen werden von der:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**  
**Referat für Publikationen**  
**Postfach 1420**  
**53732 Sankt Augustin**  
**Telefon 0 22 41/24 65 98**  
**Telefax 0 22 41/24 64 79**

**Unsere  
 Elektronischen  
 Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
 \*CDU#

● X 400  
 c = de; a = dbp;  
 p = cdu; s = bund

Bundesjugendministerin Claudia Nolte:

## Danke den Zivildienstleistenden für ihren wertvollen Dienst

**Anlässlich des 35jährigen Bestehens des Zivildienstes erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte:**

Als am 10. April 1961 die ersten 340 Kriegsdienstverweigerer ihren zivilen Ersatzdienst – wie er damals hieß – antraten, ahnte keiner, welch beachtliche Entwicklung dieser Dienst in 35 Jahren nehmen würde. In den 60er und 70er Jahren wurde das Ansehen des zivilen Ersatzdienstes vom Image des Drückebergers bestimmt. Dies hat sich in den 80er und 90er Jahren grundlegend gewandelt. Heute ist der Zivildienst in unserer Gesellschaft allgemein anerkannt, und die „Zivis“ gelten als freundliche Helfer.

Ich begrüße diese Entwicklung, denn das heutige Bild wird der Leistung dieser jungen Männer besser gerecht. Es ist gelungen, den Zivildienst effektiv und sinnvoll zu gestalten. Auch in Zukunft bleibt die Politik herausgefordert, die Rahmenbedingungen des Wehrdienstes und des Zivildienstes neuen Anforderungen anzupassen.

**Klar muß sein:** Der Zivildienst steht nur dem offen, der den Dienst mit der Waffe mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Es gibt kein Wahlrecht zwischen Wehrdienst und Zivildienst. Damit die Bundeswehr in der Lage ist, Frieden und Freiheit zu sichern, ist es notwendig, daß junge Männer ihren Grundwehrdienst ableisten.

Unsere Zivildienstleistenden prägen die Qualität unseres sozialen Systems ganz erheblich mit. Es ist richtig, daß der Gesetzgeber den Zivildienst auf den Dienst am Men-

schen konzentriert hat. Die Zivildienstleistenden sind vor allem dort gut eingesetzt, wo sie das hoch belastete Pflegepersonal im Pflegedienst entlasten. Sie leisten Vorbildliches in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Zivildienstleistende arbeiten in stationären Einrichtungen wie Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und in Behinderteneinrichtungen.

Nicht zuletzt im Umweltschutz übernehmen sie für unsere Gesellschaft wichtige Dienste. Es ist nötig, auch solche Angebote für anerkannte Kriegsdienstverweigerer machen zu können, da nicht jeder für den Pflegedienst geeignet ist.

Mein Dank gilt heute allen 122.000 Zivildienstleistenden, die zur Zeit im Einsatz sind, sowie allen rund 932.000 Zivildienstleistenden, die in den Jahren davor tätig waren. Er gilt auch allen, die für das Gelingen des Zivildienstes bei den Beschäftigungsstellen vor Ort, bei den Trägern der Beschäftigungsstellen, den Wohlfahrtsverbänden und in der Bundesverwaltung verantwortlich sind. Sie alle erfüllen einen wertvollen Dienst für unsere Gesellschaft und haben dies in der Vergangenheit getan.

Dank sage ich ebenso den jungen Männern, die ihren Grundwehrdienst leisten. Sie sichern gemeinsam mit den Berufs- und Zeitsoldaten die äußeren Voraussetzungen dafür, daß in unserer Demokratie Grundrechte wahrgenommen werden können und geschützt bleiben. Für mich steht fest: Wir haben allen Grund, unserer Jugend große Wertschätzung entgegenzubringen. Sie leistet bereitwillig Dienst für unseren Staat, einen stellvertretenden Dienst für jeden von uns.

## Bessere Handschrifterkennung durch intelligente Ablesesysteme

Handschriften automatisch erkennen und interpretieren können, so erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Cornelia Yzer, ist das gemeinsame Ziel eines Verbundprojektes von zehn Forschungsgruppen aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) unterstützt diese Initiative im Rahmen des Fördergebietes „Intelligente Systeme“ bis 1998 mit insgesamt 9,3 Millionen DM. Deutsche Anbieter für Erkennungstechnologie haben dadurch die große Chan-

ce, sich auf lange Sicht Markt Vorteile zu verschaffen und ihre internationale Spitzenposition auszubauen.

Cornelia Yzer: Ich erwarte von den Ergebnissen des Verbundprojektes nicht nur wesentliche Beiträge zur Verbesserung der Erkennungsqualität beim Lesen von Anschriften, Formulare und Dokumenten, sondern auch Impulse zur Erschließung weiterer Anwendungsfelder. Neue Anwendungen werden vor allem dort entstehen, wo es gelingt, durch Integration modernster Erkennungstechnik in komplexe Informationsverarbeitungsprozesse die Lücke zwischen papiergebundener und elektronischer Datenverarbeitung zu schließen.

## Kommentar

### Frau Noltes Dank

Die Gerechtigkeit steckt im Detail. Seit der Gesetzgeber den Weg zur Wehrdienstverweigerung geöffnet hat, gibt es mal gebremsten, mal ungebremsten Streit, ob es die Wehrpflichtigen oder die Zivildienstleistenden schwerer hätten. Dabei kann nicht außer acht bleiben, daß der Wehrdienst das Fundament unserer militärischen Sicherheit ist. Betrachtet man allein die Friedenszeiten, so ist auf den ersten Blick der Verbleib in der elterlichen oder eigenen Wohnung angenehmer als die Einberufung in die Kaserne. Doch beim Betrachten der

Einzelheiten des Dienstalltags ist zu erkennen, daß die eine Aufgabe der anderen in nichts nachsteht. Behagliche Nischen gibt es (nach der Grundausbildung) auch beim Militär – selbst in Kriegszeiten war das so. Mehr als die Hälfte der Zivildienstplätze heute sind mit Tätigkeiten verbunden, die Jugendliche nicht nur am Körper, sondern auch an der Seele fordern. Die Versorgung von behinderten Kindern, bettlägerigen Alten, von Unfallverletzten und Sterbenden hinterläßt mehr Spuren als das Robben im Dreck. Die Steuerzahler sehen es gern, daß die „Zivis“ die Pflege- und Katastrophenschutzkosten begrenzen helfen. Der jetzt ausgesprochene Dank der Ministerin Nolte an die Zivis ist angebracht. **Frankfurter Allgemeine**

# Geplante Portoerhöhungen sollen für mindestens drei Jahre gelten

Mit nur 2,63 DM pro Jahr bei einem Versand von vier Briefen pro Monat werden nach Darstellung von Postchef Klaus Zumwinkel die Preiserhöhungen im Briefbereich den Privatkunden belasten. Ein Genehmigungsantrag bezüglich dieser Erhöhungen ist dieser Tage dem Bundespostminister Wolfgang Bötsch zugeleitet worden.

## Seit 1989 stabil

Daß die Schlagzeilen für diese Ankündigungen nicht mehr ganz so fett sind wie noch vor Jahren, stellt das „Handelsblatt“ vom 11. April fest, bringt Verständnis für die beabsichtigten Portoerhöhungen auf und schreibt:

*Immerhin war das Porto für den Standardbrief seit 1989 stabil. Es galt schlechthin als politischer Brotpreis und war bei allen späteren Erhöhungen zumindest für die Genehmigungsbehörde Postministerium sakrosankt. Die eine Mark für den Standardbrief war die Basis, von der die großen Preissprünge ausgingen, wenn Briefe schwerer als zwanzig Gramm waren oder die vorgegebenen Maße überschritten.*

*Die Stunde der Wahrheit rückt für die Briefpost aber näher. Schon ein Teil der Telefongespräche bedeutet entgangene Briefeinnahmen. Das Fax erst recht. In eine Million Privathaushalte hat der Fernkopierer bereits Einzug gehalten. Tendenz weiter steigend. Ein paar gefaxte Seiten im Nahbereich sind von den Kosten eines Briefes weit entfernt.*

*Der junge Servic ePost, wobei das „e“ für Electronic steht, steckt noch in den Anfän-*

*gen, und seine Akzeptanz ist nach wie vor höchst unsicher, weil der Umgang mit dieser Technik komplizierter ist als die Vorgänge beim Faxen. Somit ist das Drehen an der Portoschraube für die gelbe Post eine Gratwanderung. Die Kundschaft kann reagieren und in gewissem Umfang ausweichen.*

**Handelsblatt**

## 7 Jahre lang unangetastet

Auch die „Frankfurter Rundschau“ vom 11. April sieht die Verteuerung, die insbesondere die privaten Haushaltskassen hart trifft; aber auch sie findet, daß die verständliche Kritik am Problem vorbeigeht:

*Zunächst muß man der Post zugute halten, daß der Preis für den Standardbrief – bei steigenden Lebenshaltungskosten – sieben Jahre lang unangetastet blieb. Wenn das Unternehmen nun zusagt, die Gebühren des Basisangebotes bis 1999 konstant zu halten, kann man ihm Beutelschneiderei kaum vorwerfen. Wahr ist gleichwohl: Die Aufschläge für einige Produkte – wie Postkarte oder Päckchen – fallen überproportional aus. Der Grund ist einfach: Subventionierte Preise kann sich ein Unternehmen im zunehmenden Wettbewerb nicht leisten. Eine handgeschriebene Karte etwa ist nur schwer maschinell zu sortieren und erfordert bei der Zustellung den gleichen Aufwand wie ein Brief. Wer aus sozialpolitischen Gründen künstlich niedrige Porto- oder Telefongebühren fordert, muß ehrlicherweise auch sagen, woher das Geld dafür kommen soll.*

**Frankfurter Rundschau**

## In Opposition zur Opposition

# Altgediente SPD-Parteistrategen demontieren Oskar Lafontaine

**O**b Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Ex-Finanzminister Hans Apel oder Peter Glotz – für ihren Genossen Lafontaine hat die altgediente SPD-Riege bestenfalls Spott übrig:

● **Hans Apel** bezeichnet den kaum ein halbes Jahr amtierenden Vorsitzenden Lafontaine als „politischen und moralischen Luftikus“, bescheinigt ihm „opportunistische Eiertänze“ oder betrachtet ihn gar als das Problem der SPD (Welt am Sonntag, 7. 4. 1996).

● **Helmut Schmidt** schmunzelt über solche Äußerungen und äußert – offensichtlich mit Blick auf Intimfeind Lafontaine – „mit der SPD sei er unzufrieden, wobei dies noch beschönigend formuliert ist“ (Kölnische Rundschau, 15. 4. 1996).

● **Peter Glotz** mutmaßt im Zusammenhang mit der erneuten Führungsdiskussion, „in der SPD scheinen einige von allen guten Geistern verlassen zu sein“ (General-Anzeiger, 28. 3. 96).

Besonders die Unfähigkeit des saarländischen Putsch-Experten, Vertrauen zu schaffen, bemängeln die Alten. „Einen wie Herbert Wehner“ fordert Apel als Führungsfigur für die SPD. Peter Glotz erinnert an das Vertrauen, das die Führungsriege von Brandt, Wehner und Schmidt vor 30 Jahren in der SPD genossen haben mag. Aber Brandt und Wehner stünden bei den heutigen SPD-Positionen wahrscheinlich da, wo Helmut Schmidt steht: In Opposition zur Opposition.

Einige „Enkel“ stärken den Altgedienten den Rücken. Auch sie ärgern sich über die mangelnde Glaubwürdigkeit und die politischen Fehlritte des Saarländers:

● „Die SPD müßte energischer als bisher für ihre eigenen Grundwerte und Ziele eintreten, um wieder glaubwürdig zu werden“, mahnt **Wolfgang Thierse** (Neue Rheinzeitung, 6. 4. 1996).

● **Marcus Meckel** bemerkt: „Europa zum Wahlkampfthema zu machen war falsch. Das gleiche gilt für die Aussiedlerdebatte. Damit haben wir Stammwähler verprellt.“ (Express-Interview vom 9. 4. 1996).

● Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Norbert Gansel** erklärte im Süddeutschen Rundfunk – nicht ohne Häme: Lafontaine erfahre als Mann an der ersten Stelle der Partei, daß er nun die Schläge erhalte, die er früher aus der zweiten Reihe ausgeteilt habe (Die Welt, 10. 4. 1996).

### Die Zitate zeigen:

Selbstdarstellungskünstler Lafontaine konnte noch nicht einmal ein halbes Jahr die tiefe Spaltung und Orientierungslosigkeit innerhalb der SPD überspielen. Lafontains Eiertanz zwischen weit rechts – Aussiedlerfeindlichkeit, Europaablehnung – und weit links – hat die SPD noch weiter gespalten. Die Sozialdemokraten haben den ehemals roten Faden scheinbar endgültig verloren.

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Demokratischer Pluralismus, Freiheit und Frieden lassen sich nur erhalten, vertiefen und ausbreiten, wenn die Kritik und der Widerstand gegen den Antisemitismus wie gegen jede Gestalt von Xenophobie wach bleiben.“ – So Dr. Günther Rüter, Mitglied der Geschäftsleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., in einem Einladungsschreiben.

Die Fachtagung, auf die es sich bezieht – ein Angebot der KAS in Zusammenarbeit mit B'nai Brith, Kontinental Europa, und dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin:

Veranstaltung Nr. 93

### **Wissenschaft, Wirtschaft und Nationalsozialismus – Hintergründe des Antisemitismus in der Weimarer Republik**

Fachtagung für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und Gesamtschulen, gemeinsam mit Theologinnen und Theologen 3. bis 5. Mai 1996

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Schloß Eichholz

Einige der Themen:

- „... dann ist das Judesein in Deutschland wieder zur Normalität geworden ...“
- Hintergründe des Antisemitismus – Die europäischen Juden im 19. und 20. Jahrhundert
- Religiöse, ideologische, rassistische und politische Aspekte des Antisemitismus
- Antisemitismus und Wissenschaft – Über den Wissenschaftsbegriff in der Vorzeit des Nationalsozialismus

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
e.V.**

**Bildungszentrum  
Schloß Eichholz**

**Postfach 13 31**

**50387 Wesseling**

**Fax-Nr: 0 22 36/7 07-2 30**

## Die Chancen herausstellen, die Internet bietet

*Niemand kann zur Zeit abschließend einschätzen, welche Bedeutung das Internet in der Informationsgesellschaft haben wird. Das wird erst die weitere Entwicklung zeigen. Es deutet aber manches darauf hin, daß sich Internet zum zentralen Medium des weltweiten Informationsaustausches entwickeln kann. Ich halte es daher für wichtig, daß gerade die Meinungsführer in Staat und Gesellschaft die Chancen*

*herausstellen, die Internet bietet, und seine Bedeutung für die Wissenschaft und den weltweiten Dialog zwischen den Menschen verdeutlichen. Internet darf nicht durch Mißbrauch diskreditiert werden.*

**Bundesinnenminister Manfred Kanther auf dem Internet-Forum des Bundesinnenministeriums am 16. April in Bonn**

## Über 260.000 neue Lehrverträge abgeschlossen

**Die Ausbildungsbetriebe in Industrie, Handel, Banken und Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe haben 1995 insgesamt 261.800 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; dies bedeutet eine Steigerung um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.**

Dies teilt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) am 11. April nach einer soeben abgeschlossenen Umfrage bei den 83 Industrie- und Handelskammern mit. Die Betriebe im IHK-Bereich bieten damit rund 7.300 mehr neuen Lehrlingen eine Ausbildung. In den alten Bundesländern erhöhte sich die Zahl der Neuabschlüsse um 2,1 Prozent auf 205.300 (Vorjahr: 201.100); in den neuen Bundesländern steigt die Zahl der neuen Verträge so-

gar um 5,8 Prozent auf 56.400 (Vorjahr: 53.300).

Der DIHT ruft dazu auf, nun möglichst rasch neue Ausbildungsberufe in wachsenden Beschäftigungsfeldern, vor allem im Dienstleistungssektor, zu schaffen, wie es die Kammerorganisation und die Wirtschaftsverbände in den Kanzlerunden vorgeschlagen hätten. Wenn dies gelänge, könne das Ausbildungsplatzangebot weiter nachfragegerecht gesteigert werden. Gleichzeitig appelliert die Spitzenorganisation an die kammerzugehörigen Unternehmen, ihrem mittelfristigen Fachkräftebedarf Rechnung zu tragen und möglichst vielen jungen Leuten eine bedarfsgerechte Ausbildungschance zu geben.

## Handwerkskammern bieten Mitwirkung bei Umsetzung des Meister-BAföG an

**Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat die Bundesländer aufgerufen, umgehend die zuständige Verwaltungsbehörde festzulegen, bei der die Anträge auf Förderung nach dem Gesetz zur beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG) gestellt werden können.**

Die Teilnahme an Meisterkursen und Fortbildungsmaßnahmen dürfe nicht an fehlenden Voraussetzungen zur verwaltungsmäßigen Durchführung scheitern. Der Rückgang von Teilnehmern an Meisterkursen habe bedrohli-

che Ausmaße angenommen und erfordere ein schnelles Handeln der Länder. Andererseits häuften sich bei den Handwerkskammern die Anfragen von Lehrgangsteilnehmern über die Förderkonditionen und Durchführungsmodalitäten.

Die Handwerkskammern seien deshalb bereit, mit den zuständigen Verwaltungsbehörden vor Ort zu kooperieren, um ihre Erfahrungen in der Abwicklung von Fördermaßnahmen in den Dienst eines erfolgreichen Startes dieses wichtigen Fördergesetzes zu stellen.

# EVP: Die Erfolgsgeschichte einer europäischen Partei

Seit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages ist die Europäische Union als eine eigenständige politische Ordnung zu verstehen, in der durch den Artikel 138a EG-Vertrag (EGV) Stellung und Aufgaben der Parteien nun fest verankert wurden. Artikel 138a EGV, der als Rahmenregelung auf Initiative der drei großen Parteiblöcke von Christlichen Demokraten, Liberalen und Sozialisten in den Vertrag Eingang gefunden hat, lautet:

*„Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“*

Der Artikel 138a EGV erfüllt damit eine doppelte Aufgabe: zum einen stellt er eine verfassungsrechtliche Basis für die Existenz der politischen Parteien auf der europäischen Ebene dar; zum anderen wirft er Licht auf die Dynamik des Integrationsprozesses, indem er den Fortschritt hin zu einer demokratischen und föderalen Union verdeutlicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 12. Oktober 1993 diese Aufgabenstellung bestätigt und insbesondere die Bedeutung der Parteien auf europäischer Ebene als notwendig für die demokratische Abstützung des Integrationsprozesses sowie für die demokratische Kontrolle und Transparenz der Entscheidungsverfahren betont.

Ebenso hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl immer wieder energisch für eine ver-

stärkte demokratische Verankerung in der EU ausgesprochen. So betonte er in seiner Regierungserklärung vom 7. Dezember 1995, „daß die nationalen Parlamente wie auch das Europäische Parlament besser in den europäischen Einigungsprozeß einbezogen werden“ müßten. Gefordert sind hier vor allem die politischen Parteien, denn sie sind die Träger der Parlamente.

## Die Interessen der Bürger wirksam vertreten

Für die Europäische Volkspartei (EVP) bedeutet der Artikel 138a die Bestätigung ihrer langjährigen politischen Arbeit. Sie nimmt sich daher selbst in die Pflicht. So stellt sie in ihrem 1993 verabschiedeten Aktionsprogramm fest:

*„Den europäischen Parteien fällt eine entscheidenden Rolle bei der politischen Willensbildung und der Ausgestaltung des Gemeinwohls zu . . . Die europäischen Parteien tragen die Verantwortung dafür, daß auf der Ebene der Europäischen Union die demokratischen Prinzipien in die politische Praxis umgesetzt werden.“*

Darüber hinaus verpflichtete sich die EVP in ihrem Athener Grundsatzprogramm von 1992, „die Bürger Europas über den Fortgang des Einigungsprozesses zu unterrichten sowie Sorge dafür zu tragen, daß die Interessen der Bürger durch ihre Fraktion im Europäischen Parlament wirksam vertreten werden“.

Mit dem Januar 1996 verabschiedeten Papier „Die EVP auf dem Weg zur europäischen Partei“ wurde die Strategie der EVP für die große Herausforderung gelegt. Darüber hinaus fordert die EVP auch die Verabschiedung eines Europäischen Parteienstatuts, das auf der Grundlage des Artikel 138a EGV einen gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit, die Finanzierung und die Geschäftsordnung der Europäischen Parteien schaffen soll.

---

## **Transparenz durch aktive Öffentlichkeitsarbeit**

---

Die EVP sieht sich auf einem guten Weg, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Dabei wird mit dem seit 1994 amtierenden EVP-Generalsekretär Klaus Welle nicht nur mehr Gewicht auf Bürgernähe und Transparenz durch aktive Öffentlichkeitsarbeit („EVP-News“) gelegt. Mit den auf dem Madrider EVP-Kongreß verabschiedeten Satzungsänderungen vom November 1995 unternahm die EVP auch entscheidende strukturelle Schritte in die richtige Richtung: im wesentlichen wurde das Präsidium deutlich verkleinert. Es besteht heute aus dem Präsidenten, vier Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und dem Generalsekretär. Dadurch wird die EVP politisch handlungsfähiger.

Von Juni 1996 ab wird das Präsidium vom Kongreß für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt. Dadurch wird die demokratische Legitimation des Präsidiums verstärkt. Neu in der Satzung ist auch das Gremium „Rat“, der aus dem Präsidium und den Vorsitzenden der Mitgliedsparteien besteht. Er trifft sich 4 bis 6 mal jährlich und soll die regelmäßige politische Präsenz der EVP zwischen den Kongressen sicherstellen und diese inhaltlich vorbereiten.

Eine weitere Neuregelung, die gleichzeitig als Beweis für die Offenheit der EVP gilt, ist die Einführung des Status eines assoziierten Mitglieds, den diejenigen Länder beantragen können, über deren Aufnahme in die Europäische Union verhandelt wird.

---

## **Es begann vor genau 20 Jahren**

---

Die erfolgreiche Entwicklung der EVP zu einer wirksamen europäischen Partei begann vor nun genau 20 Jahren. Als am 8. Juli 1976 unter dem Vorsitz des damaligen belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans die konstituierende Sitzung der Europäischen Volkspartei in Brüssel stattfand, konnte sie bereits auf fast 25 Jahre unmittelbare Erfahrung im europäischen Integrationsprozeß zurückgreifen.

Aufbauend auf die seit Juni 1953 existierende Christlich-Demokratische Fraktion im Europäischen Parlament, suchten Parlamentarier wie nationale Parteiführer im Zusammenhang mit den für 1979 geplanten ersten Direktwahlen für das Europäische Parlament Wege für eine gemeinsame Organisation und Programmatik zu finden.

Die bewußte Verwendung der Bezeichnung „Partei“ wurde dabei schon damals mit der Erwartung getroffen, nicht nur die Tätigkeiten der Fraktion im Europäischen Parlament auszuweiten, sondern insbesondere auch die Zusammenarbeit der nationalen Parteien auf der europäischen Ebene zu intensivieren. Und in der Tat, auch wenn die Gründung des Bundes der Sozialistischen Parteien zeitlich vor der EVP lag, den Strukturen nach war die EVP der erste Zusammenschluß, auf den die Bezeichnung „europäische Partei“ wirklich zutraf.

CDU und CSU sind als deutsche Mitglieder seit der ersten Stunde dabei. Aus deren Reihen belegen Männer und Frauen wie Egon Klepsch, dem ersten EVP-

Fraktionsvorsitzenden, oder Ursula Schleicher, derzeit Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, den Stellenwert der deutschen Abgeordneten. Und auch in der EVP-Parteispitze befindet sich mit dem Anfang Februar wiedergewählten Stellvertretenden Vorsitzenden Ottfried Hennig wieder ein Deutscher in vorderster Front.

Im Europäischen Parlament stellen CDU und CSU mit 47 Abgeordneten die größte Gruppe in der 173 Mitglieder zählenden EVP-Fraktion. Lediglich die Sozialdemokraten sind aufgrund der unverhältnismäßig hohen Zahl britischer Parlamentarier mit insgesamt 221 Mandatsträgern größer, gefolgt an dritter Stelle von den Liberalen mit 52 Abgeordneten.

Die EVP umfaßt heute insgesamt 20 Parteien aus 13 EU-Mitgliedsstaaten. Hinzu kommen Parteien aus Malta, Norwegen, der Schweiz und Zypern, die als assoziierte Mitglieder bzw. Beobachter in der EVP sind. Insofern ist die EVP der künftigen Erweiterung der Union schon einige Schritte voraus.

Wilfried Martens, der Vorsitzende der EVP und der EVP-Fraktion im Parlament, beschreibt seine Partei als supranationale, föderativ gegliederte, christlich-demokratisch orientierte Parteienvereinigung, die im Rahmen des institutionellen Systems der Europäischen Union politische Verantwortung übernimmt. Das überragende politische Ziel ist die Entwicklung einer echten Europäischen Union der Völker, Staaten und Regionen.

Der Maastrichter Vertrag stellt in diesem Zusammenhang die solide Grundlage für neue Fortschritte bei der europäischen Einigung dar, an deren Ende auch eine gemeinsame Verfassung stehen soll. Drei Grundprinzipien gilt es dort zu berücksichtigen:

- **Subsidiarität** – als Garant für ein bürgernahes Europa mit nationalen und regionalen Verschiedenheiten
- **Föderalismus** – als Garant gegen einen europäischen Zentralismus
- **Demokratie** – als Garant für Legitimität und Kontrolle der politischen Exekutive.

---

## Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

---

Die politischen Inhalte der EVP sind diesen Grundprinzipien gänzlich untergeordnet. Eines der Hauptanliegen der EVP ist derzeit der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Fast 20 Millionen Menschen sind heute allein in der EU ohne Arbeit, darunter ein erheblicher Prozentsatz junger Leute.

Die EVP sieht in der verstärkten Investition für neue Technologien und Wirtschaftszweige ein wichtiges Mittel, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Diese Politik wird ergänzt durch die konsequente Fortführung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Eine einheitliche europäische Währung mit einer unabhängigen europäischen Zentralbank stellt ein unabdingbares Element zur Sicherung von Stabilität und Wohlstand dar. Dabei darf natürlich auch die soziale Dimension nicht vergessen werden. Für die EVP ist deshalb die Kooperation der Sozialpartner eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der europäischen Idee.

Aktuell sind auch die von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Hans-Gert Pöttering MdEP erarbeiteten Überlegungen der EVP zur Regierungskonferenz 1996. Das auf dem EVP-Kongreß Anfang November 1995 in Madrid verabschiedete Papier „Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz“ legt die Vorschläge und Zielsetzungen der EVP für die Regierungskon-

ferenz 1996 dar. Im Vordergrund der politischen Vorstellungen der EVP stehen die Integration der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik in die Gemeinschaftsverfahren. Insbesondere dem Thema „Innere Sicherheit“ wird ein spezielles Augenmerk zuteil. Der Ausbau von EUROPOL, die Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsdienste und eine Harmonisierung der Grenzkontrollen werden als Beispiele genannt.

Weitere Reformen bedarf zudem das Entscheidungsverfahren innerhalb der Europäischen Union. Einstimmigkeitsregeln als Ausnahme und das Europäische Parlament als letzte Instanz will die EVP hier verwirklicht sehen. In diesem Zusammenhang ist auch das eindeutige Bekenntnis der EVP zur Erweiterung der EU um die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas zu nennen. Vertiefung und Erweiterung sind zwei Seiten der selben Medaille und dürfen im Interesse aller nicht gegeneinander ausgespielt werden.

## Stabiler Pfeiler und tragende Rolle

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die politischen Parteien auf der europäischen Ebene mit Artikel 138a EGV einen neuen Stellenwert bekommen haben. Im Zuge der fortschreitenden Integration wächst ihre politische Bedeutung im Entscheidungsprozeß und läßt sie zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Die Europäische Volkspartei erweist sich dabei aufgrund ihres Organisationsgrades sowie ihrer programmatischen Ausrichtung als stabiler Pfeiler und wird auch weiterhin in der Debatte um die künftige Gestaltung unseres Kontinents eine tragende Rolle spielen. Insofern ist es sicherlich berechtigt, von der EVP als Erfolgsgeschichte zu sprechen. ■

## Klaus Welle wieder Generalsekretär der EVP

**In seiner Sitzung vom 11. April wählte der Vorstand der Europäischen Volkspartei den Generalsekretär. Klaus Welle, der dieses Amt seit Oktober 1994 innehat, wurde für eine Amtszeit von drei Jahren wiedergewählt.**

Klaus Welle ist ebenfalls Mitglied des siebenköpfigen EVP-Präsidiums, dem der Präsident Wilfried Martens vorsteht. Präsidiumsmitglieder sind die vier Vize-Präsidenten Margareta AF Ugglas, schwedische Außenministerin a. D., Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister, José Maria Aznar, der nach seinem Wahlsieg in Spanien mit der Regierungsbildung betraut ist, und Ottfried Hennig, CDU-Fraktionsvorsitzender im Schleswig-Holsteinischen Landtag, sowie Schatzmeister Ingo Friedrich, MdEP. Eine kurze Vorstellung des Gewählten:

Klaus Welle wurde 1964 in Deutschland geboren. Nach dem Abitur machte er eine Banklehre bei der West LB-Münster (drittgrößte deutsche Bankengruppe) und studierte anschließend Wirtschaftswissenschaften. Nach seinem Studium wurde er Leiter der Abteilung Außen- und Europapolitik der CDU. Er bereitete maßgeblich die Planung und Ausführung des für die CDU sehr erfolgreichen Europawahlkampfes im Jahre 1994 vor. In der Programmkommission der Europäischen Volkspartei arbeitete er an der Ausarbeitung des EVP-Wahlprogrammes mit. Seit 1989 ist er außenpolitischer Sprecher des Bundesvorstandes der Jungen Union. Er war Vorstandsmitglied der EJCD (Jugendvereinigung der EVP) und Vorsitzender der DEMYC (Jugendvereinigung der EDU). Im Oktober 1994 wurde er zum Generalsekretär der Europäischen Volkspartei gewählt.

## Frauen-Union bietet Materialienband zum Thema Umwelt an

Unter dem Thema „**Anders leben. Der Zukunft wegen**“ setzte sich die Frauen-Union der CDU bei ihrem letzten Delegiertentag mit Umweltfragen auseinander.

Die Frauen-Union will ihre Orts- und Kreisverbände und interessierte Einzelpersonen für Arbeit mit dem Thema „Umwelt“ anregen: Ein Materialienband liegt jetzt vor. Er enthält

- den Beschluß der Frauen-Union „**Der Umwelt verpflichtet: Wege zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft**“
- umweltpolitische Grundsatzpositionen
- Beiträge aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Initiativen
- Hinweise auf Literatur, Zeitschriften und Disketten
- außerdem sind Veranstaltungshilfen (Referentenlisten, Mustereinladungen, Musterpresseerklärungen) beigefügt.

Zur „nachhaltigen Entwicklung – Herausforderungen für die Zivilisation“ finden sich u. a. Beiträge von Dr. Angela Merkel, Dr. Klaus Töpfer und Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Frauenspezifische Ansätze in der Umweltpolitik zeigen u. a. Angelika Zahrt und Carolyn Merchant auf.

Zu den einzelnen Forderungspunkten der Frauen-Union, z. B. zur ökologischen Neuorientierung staatlicher Ausgaben und Einnahmen, zur konsequenten Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips, des Vorsorgeprinzips und des Verursacherprinzips, zur verbesserten Ausnutzung von Energie und Ressourcen



liegen ebenso Einzelbeiträge vor wie zu regionalen Kreislaufwirtschaften, zu einem ökologisch-orientierten Gesamtkonzept und einer stärkeren Förderung der erneuerbaren Energien.

Der Band ist zu beziehen bei:

**Frauen-Union  
Konrad-Adenauer-Haus  
Friedrich-Ebert-Allee 73–75  
53113 Bonn**

Einzel Exemplare gegen frankierten Umschlag als Portoersatz (DM 4,- in Briefmarken)

Johannes Gerster:

## CDU wird Erneuerungsprozeß konsequent fortsetzen

**Die rheinland-pfälzische CDU wird nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Johannes Gerster den Ende 1993 begonnenen Erneuerungsprozeß konsequent fortsetzen. „Die Erneuerung geht weiter, die CDU in Rheinland-Pfalz ist eine Partei mit guter Zukunft“, sagte Gerster nach den nun im Detail vorliegenden Analysen der Ergebnisse der Landtagswahl.**

Als einen von mehreren Belegen für den erfolgreichen Erneuerungsprozeß der Landes-CDU nannte Gerster das Abschneiden seiner Partei bei den Jungwählern. Bei den 18- bis 25jährigen habe die CDU in Rheinland-Pfalz 9,9 Prozent hinzugewonnen und mit 38 Prozent Jungwähleranteil die SPD überrundet, die bei einem Verlust von 15,5 Prozent nur noch auf 28 Prozent kam. Bündnis 90/Die Grünen hätten ihren Stimmenanteil von 14 Prozent gehalten. Gegenüber Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein habe die CDU-Rheinland-Pfalz bei den Jungwählern am besten abgeschnitten. Gerster: „Auch das zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind und mit unserem konsequenten Erneuerungsprozeß auch wieder die jungen Menschen stärker ansprechen.“

Als weiteren Beleg für die gelungene Erneuerung nannte der CDU-Landesvorsitzende die Zusammensetzung der Landtagsfraktion. Von 41 Abgeordneten der CDU seien 19 zum ersten Mal in das Parlament eingezogen; gegenüber 1991 seien es sogar 24 neue Landtagsabgeordnete der Union. Das entspreche einer Erneuerung von fast 60 Prozent. Die SPD habe dage-

gen – ziehe man amtierende Minister und Staatssekretäre ab – nur fünf neue Abgeordnete im nächsten Landtag.

Im Durchschnitt seien die Mitglieder der neuen CDU-Fraktion, zu deren Vorsitzenden Gerster bereits am 27. März 1996 gewählt wurde, neun Jahre jünger als 1991. Das SPD-Durchschnittsalter liege dagegen nur zwei Jahre unter dem Wert von 1991. Bei einer Wahlperiode von fünf Jahren sei die SPD-Landtagsfraktion damit im Durchschnitt sogar drei Jahre älter als 1991. Da sei es kein Wunder, so Gerster, daß die SPD bei den jungen Menschen Kredit verspielt habe.

**Johannes Gerster:** Die Landtagswahl hat den Erneuerungskurs der CDU seit Ende 1993 bestätigt und honoriert. Dieser Erneuerungsprozeß wird konsequent fortgesetzt werden. Dies wird auch weiterhin harmonisch und in enger Verbindung mit den erfahrenen CDU-Politikern vollzogen werden. Die Fakten zeigen: Die CDU in Rheinland-Pfalz ist eine Partei mit guter Zukunft!

### Zitat

*Ich bin unzufrieden, wobei dies noch beschönigend formuliert ist, mit meiner Partei. Sie führt zu viele akademische Debatten, die zu wenig mit der Wirklichkeit der Menschen zu tun haben. Kaum einer weiß heute, wofür die SPD steht und wogegen sie ist.*

**Altbundeskanzler Helmut Schmidt**

## KAS-Lokaljournalistenpreis:

# Erster Platz für den Oeffentlichen Anzeiger, Bad Kreuznach

**Der Oeffentliche Anzeiger, Kopfblatt der Rhein-Zeitung Koblenz, erhält den mit 10.000 Mark dotierten ersten Preis beim Lokaljournalistenwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung.**

Die Jury zeichnete am 11. April die Lokalredaktion Bad Kreuznach für vier eingereichte Serien aus, darunter ihr tägliches „Moment mal. . .“, – 274 Folgen einer neu eingeführten Umfrage zu aktuellen politischen und unterhaltenden Aufhängern. Der zweite Platz mit 5.000 Mark geht an den Tagesspiegel mit einem Vergleich der Berliner Bezirke. Die 2.500 Mark des dritten Preises bekommt die Neue Presse, Coburg, mit einer Serie über Stasi-Aktivitäten in der Region.

Ferner vergab die Jury fünf Zusatzpreise mit je 1.000 Mark. Diese gehen an Martin Tschepe von der Backnanger Kreiszeitung für eine „(Selbst-)Hilfe“-Serie, an die Berliner Zeitung („Eine Spur gibt's immer: Kommissar Technik“), an Wolfgang Stephan vom Buxtehuder Tageblatt („Kein schöner Zug der Bahn“), an die Illertisser Zeitung für vier Serien („Beispiel Jugend“, „Seelsorger heute“, „Kirche auf dem Lande“, „Heißes Eisen“) sowie an die Oberhessische Presse für ihre Berichterstattung über die „Macht in Marburg“.

Den mit 10.000 Mark dotierten Sonderpreis zum Thema „1945“ erhalten zu gleichen Teilen folgende fünf Preisträger: Badisches Tageblatt, Berliner Morgenpost, Isar-Loisachbote, Leipziger Volkszeitung und Weilheimer Tagblatt.

Mit 503 Einsendern erreichte der seit 16 Jahren verliehene Preis einen Rekord. Der Jury gehören Rudolph Bernhard (Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung), Dr. Giso Deussen (DeutschlandRadio Berlin), Dr. Dieter Golombek (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn), Peter Hoss (Standortpresse Bonn), der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Waldemar Kleinschmidt, Hans Medernach (Lüdenscheid), Gustav Moré (Neu-Ulm), Cornelius Riewerts (Chefredakteur der Oldenburgischen Volkszeitung), der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel und Staatssekretärin Cornelia Yzer vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie an.

## Frischluff im Internet

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft ist jetzt auch im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten. Die Adresse lautet:

**<http://members.aol.com/frischluft>**

Neben Informationen über den Verband ist unter anderem das aktuelle Jahresprogramm von Frischluft im Internet vorhanden. Über die E-mail-Adresse können direkt Nachrichten an Frischluft übermittelt werden. So wird die Kommunikation zwischen dem Verband sowie den Mitgliedern und Interessierten noch schneller.

## Jetzt auch CDU/CSU-Fraktion im WWW

**A**uch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion präsentiert sich ab Ende März im "World Wide Web" (WWW) des Internet. Das umfangreiche Informationsangebot ist mit der Kennung

**<http://www.cducusu.bundestag.de>**

anwählbar. Es bietet den Teilnehmern zahlreiche Grundagentexte und aktuelle Informationen über Aufbau, Arbeitsweise, Mitglieder und Veröffentlichungen der Fraktion an.

Als Grundagentexte enthält der WWW-Server der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u.a. die Arbeitsordnung der Fraktion, die Vereinbarung zwischen CDU und CSU über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft, die Parteiprogramme von CDU und CSU, die Regierungserklärung des Bundeskanzlers für die 13. WP vom 23.11.1994 sowie den kompletten Text der Koalitionsvereinbarungen für die 13. Wahlperiode.

Die CSU-Landesgruppe ist mit einem eigenen, in die Gesamtpräsen-

tation eingebundenen Informationsangebot vertreten.

**Joachim Hörster**, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Im aktuellen Informationsangebot finden die Teilnehmer den Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Infodienst "Stichworte der Woche" und den "Deutschland Union-Dienst". Die aktuellen Broschüren werden zum Kopieren auf den eigenen PC angeboten. Der WWW-Service wird täglich um 12.00 Uhr aktualisiert, so daß die Redaktionen auf die jeweils bis zu diesem Zeitpunkt herausgegebenen Pressemitteilungen zugreifen können.

Der WWW-Service der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nutzt insbesondere die Interaktionsmöglichkeiten des WWW. Alle Texte können gelesen und mit einfachem Mausclick auf den eigenen PC "heruntergeladen" werden. Eine Mailfunktion bietet die Möglichkeit, der Fraktion Mitteilungen zukommen zu lassen.

## Inselfest zum NRW-Jubiläum mit Helmut Linszen

**D**ie Vorbereitungen für das 19. Porzer Inselfest vom 16. bis 19. Mai auf der Zündorfer Freizeitinsel Groov laufen auf Hochtouren. Der Inselfest-Ausschuß der Porzer CDU plant derzeit das inzwischen größte deutsche CDU-Volksfest, das in diesem Jahr einige besondere Höhepunkte bieten wird.

Gleich zwei Jubiläen werden beim Inselfest gefeiert: Aus Anlaß des 50. Geburtstags des Landes Nordrhein-Westfalen wird der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Helmut Linszen die Schirmherrschaft übernehmen. Wegen des 50jährigen Bestehens der Porzer CDU wird eine Wanderausstellung der Partei in der Groov-Terrasse gezeigt.

## ABC der Internet-Fachbegriffe

**BROWSER:** heißt die Software, mit deren Hilfe sich der Benutzer im World-WideWeb bewegen und dessen Angebote nutzen kann. Er hilft dem Nutzer durch das WWW zu navigieren, indem er die Mausklicks interpretiert und bestimmte Textstellen (Links) in die passende Adresse (URL) umwandelt. Die bekanntesten Browser sind z. Zt. Netscape und Mosaic.

**CACHE:** Ein Zwischenspeicher für bereits abgerufene Internet-Seiten auf der Festplatte oder dem Arbeitsspeicher des lokalen Rechners.

**DOWNLOAD:** Daten (Programme, Texte, Bilder, Spiele u.ä.) werden aus dem Internet (also von externen Rechnern) auf den eigenen Computer (die Festplatte) geladen.

**E-MAIL:** Elektronische Post, die in einem Computernetzwerk oder via Datenfernübertragung übermittelt wird. Charakteristisch für die E-Mail Adresse ist das @ (At, in dtsh. Klammeraffe).

**EINWAHLKNOTEN:** Eine Telefonnummer, über die per Modem oder ISDN Leitung die Verbindung zum Online-Dienst hergestellt werden kann.

**FTP:** File Transfer Protocol: Protokoll, das definiert, wie Dateien von einem Computer in einen anderen geladen werden.

**GiF-FORMAT:** Die Abkürzung von graphics interchange format. Das Datenformat der meisten Bilder und Graphiken, die im Internet angeboten werden.

**HOME PAGE:** Die Leitseite eines WWW-Angebotes (Website). In der Regel enthält diese Seite ein graphisches Element (zur Selbstdarstellung und Wiedererkennung) sowie verschiedene Navigationsinstrumente (als Link), über die an-

dere Seiten/Kapitel des Angebotes erreicht werden können. (CDU Homepage Adresse: <http://www.cdu.de>)

**HTML:** Die Abkürzung von hyper text markup language. HTML ist das übliche Dokumentenformat im WWW. Es erlaubt die Darstellung eines Dokumentes unabhängig von der, vom Empfänger verwendeten Soft- und Hardware.

**HTTP:** Abkürzung für hyper text transfer protocol. Ein Protokoll, das benutzt wird, um innerhalb des WWW Daten und Dokumente auszutauschen.

**HYPERLINK:** Ein Hyperlink ist zunächst eine im HTML Text hervorgehobene Textstelle, die mit einer HTTP Adresse verknüpft wird. Bei Aktivierung des Hyperlinks (kurz: Links) wird ein neues Dokument (Website) aufgerufen.

Auch Photos und Graphiken sowie verschiedene Bereiche innerhalb einer Graphik können Links sein. Die Links können innerhalb eines Angebotes verschiedene Dokumente verknüpfen, aber auch auf Seiten anderer Anbieter zugreifen.

**Internet:** Weltgrößtes Datennetz, bestehend aus verschiedenen, miteinander verknüpften Rechnernetzen und Servern. Alle Adressen sind identisch aufgebaut, die Übertragungsregeln sind einheitlich. Basis für Dienste wie WWW und E-Mail.

**IP-Adresse:** Eine IP-Adresse ist die in Zahlen ausgedrückte Kennung des jeweiligen Rechners im Internet.

**ISDN:** Integrated Service Digital Network: Vor allem in Europa verbreitetes digitales System, das im Vergleich zur analogen Telefonleitung hohe Übertragungsraten von Sprache oder Daten ermöglicht. (Übertragungsgeschwindigkeit von 64.000 bps.)

**JAVA:** Netzwerk Programmiersprache des kalifornischen Computerherstellers Sun. Mit Java ist es möglich, Programme (z. B. Graphikprogramme, Kalkulationsprogramme, Spiele u. ä.) unabhängig vom Betriebssystem über das WWW bereitzustellen.

**MODEM:** Kunstwort aus den Begriffen Modulator-Demodulator. Hardware, die die Anbindung eines Computers an das (analoge) Telefonnetz ermöglicht und dort digitale Daten in Tonsignale umwandelt und umgekehrt.

**NETSCAPE:** Eine verbreitetes Software (Browser) zur Navigation im Internet und zur Darstellung der Seiten.

**NEWSGROUP:** Diskussionsforen im Internet (Usenet), in denen sich Teilnehmer mit bestimmten Interessengebieten treffen. Es gibt weltweit ca. 12.000 Newsgroups, mindestens 500 in deutscher Sprache zu allen erdenklichen Themen.

**PROVIDER:** Dienstleister, die für Privatkunden und Unternehmer eine Anbindung an das Internet herstellen sowie technische Unterstützung beim Aufbau von Internet-Angeboten bieten.

**SERVER:** heißen Computer, die anderen Computern im Netz Daten zur Verfügung stellen. Auf ihm liegen die Web-Dokumente, und er betreibt das HTTP-Protokoll für den Zugriff.

**URL:** Uniform Resource Locator: Adresse, unter der bestimmte Angebote in Internet abgerufen werden können, z. B. www.cdu.(Anbieter)de(Deutschland)

**WWW- WorldWideWeb:** Eine Sammlung von Standards, die den Austausch und die Darstellung von Dokumenten in einem gemeinsamen Format beschreiben, das unabhängig von Hardware-Plattform und Betriebssystem ist. Die Seiten im WWW sind durch Hyperlinks miteinander verbunden und ermöglichen so weltweite Verbindungen per Mausclick („Web Surfen“). ■

## Auch Adenauer geht online

Am 29. Mai 1996 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Kongreß „Zukunftsforum Informationstechnologie: Neue Wege – Neue Chancen“ in der Bonner Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Termin steigt die Stiftung auch mit ihrem eigenen Angebot ins Internet ein.

Der Kongreß will Entwicklungslinien zur Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts aufzeigen und die Teilnehmer einen informativen Blick auf die Facetten der Informationstechnologie werfen lassen.

Erörtert werden im einzelnen:

- der ökonomische Aspekt von Dr. Ron Sommer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG, von der Seite des klassischen Anbieters sowie Ulf Bohla, Vorsitzender der Vebacom GmbH, und Dr. Hans-Peter Kohlhammer, Stellvertr. Vorsitzender der Thyssen Telecom AG, von der Seite der neuen Wettbewerber

- der politische Aspekt von Bernd Neumann, Parlam. Staatssekretär beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Parallel findet im Foyer eine Multimedia-Präsentation namhafter Firmen statt.

## Erlebte Einheit

**A**m 3. Oktober 1995 jährt sich zum fünften Mal der Tag der deutschen Wiedervereinigung. Aus diesem Anlaß hat Berlins Regierender Bürgermeister eine Reihe bekannter Deutscher gebeten, ihre ganz persönlichen Erinnerungen an die Maueröffnung 1989 und den Tag der Wiedervereinigung ein Jahr danach zu Papier zu bringen. Herausgekommen ist, wie es Diepgen nennt, „ein deutsches Lesebuch“.

Selbsterlebte Geschichte zu beschreiben, ist selten geglückt. Zur ausgewogenen Bestandsaufnahme fehlt ganz einfach der Abstand, zeitlich und emotional. Jeder hat die entscheidenden Tage sehr persönlich empfunden, dementsprechende Gefühle freigesetzt, sich in seinen Grundpositionen beeinflussen lassen. Oder diese seine Auffassungen wurden zum Leitfaden für die Ereignisse, die so ihren subjektiven Stempel aufgedrückt bekamen.

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hatte die richtige Idee. Er sammelte eine Reihe solcher sehr persönlichen Einschätzungen, Einsichten und Einstellungen von bekannten Zeitgenossen und brachte sie in Buchform heraus.

Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft berichten über ureigene Erfahrungen beim Mauerfall und bei der Wiedervereinigung Deutschlands.

Herausgeber Diepgen meinte nicht zu unrecht, daß fünf Jahre danach der Versuch einer Art von Bestandsaufnahme immerhin möglich ist. Viele Autoren gehen über den konkre-

ten Anlaß hinaus und werfen einen Blick in die Zukunft der Einheit, und zwar sowohl über die Chancen als auch über die noch zu lösenden Aufgaben.

Insgesamt ist ein lesenswertes, ein weiter zu empfehlendes Buch herausgekommen, kein mißglückter Roman über die Einheit, sondern ein Strauß insgeheimer Liebeserklärungen an ein wiedergeschicktes Vaterland.



**Eberhard Diepgen (Hrsg.):  
Erlebte Einheit. Ein deutsches  
Lesebuch. 336 Seiten**

### Mitgliedersonderpreis:

30 DM pro Stück (incl. MwSt.)  
Zu beziehen bei:

**bpi-Verlag (ein Wirtschaftsunternehmen der Berliner CDU),  
Jörg Pietsch, Suarezstr. 15-17  
14057 Berlin**

**Tel.: (0 30) 32 69 04 47  
Fax: (0 30) 32 69 04 46**

## Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit

Die CDU-Mitgliederwerbeaktion „100.000 Gespräche“ läuft in vielen Verbänden auf Hochtouren. Landesverbände wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder das Saarland, eine Reihe von Bezirks- und Kreisverbänden beteiligen sich an der Aktion und haben auf das Schulungsangebot der Bundesgeschäftsstelle zurückgegriffen.

Nunmehr hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihr Materialangebot für die Aktion „100.000 Gespräche“ ergänzt. Mit dem sechseitigen Rahmenfaltblatt kann sich jeder Verband auf drei Seiten individuell vorstellen. Die von den Verbänden eingesetzten Dialogpartner, die das Gespräch mit potentiellen Mitgliedern führen, verfügen mit dem Faltblatt über eine individuelle Visitenkarte ihrer CDU.

### Aktion „100.000 Gespräche“

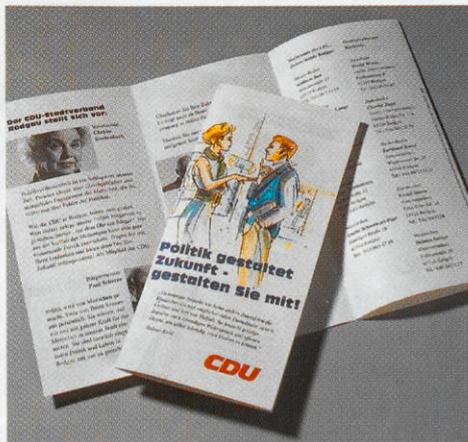
Aber auch über die Aktion „100.000 Gespräche“ hinaus läßt sich dieses Faltblatt hervorragend z. B. bei Veranstaltungen und Straßenaktionen einsetzen.

Die Außenseiten dieses Faltblattes sind vierfarbig von der CDU-Bundesgeschäftsstelle gestaltet und vorgedruckt. Im Innenteil haben Funktions- und Mandatsträger der Verbände die Möglichkeit, sich mit Foto, Anschrift und Text vorzustellen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle übernimmt für Sie das Layout Ihrer Innensei-

ten und die Drucküberwachung. Dazu benötigen wir von Ihnen:

- maximal 7 s/w-Fotos
- Textmenge entsprechend dem Layout
- Adressenliste
- Texte auf Diskette (Winword 2.0/6.0)



Das Faltblatt ist zu folgenden Preisen erhältlich:

- 1.000 Expl. = 210,— DM  
 2.000 Expl. = 276,— DM  
 3.000 Expl. = 342,— DM  
 weitere 1.000 Expl. = 66,— DM

(Alle Preise jeweils inkl. Versand, zzgl. MWSt.).

Dieses Faltblatt können Sie bei: Herrn Geiser, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn bestellen.

Sollten Sie zu Gestaltung oder Inhalt des Rahmenflugblattes Fragen haben, rufen Sie uns bitte an:

**Tel. 02 28/5 44-3 79**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN



● Aufnahmeantrag mit abtrennbarem Abfragebogen mit Zusatzangaben

### Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164  
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21

Bestell-Nr.: 6719

Verpackungseinheit: 150 St.  
Preis: 0,00 DM

# UID

12/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: wa Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.